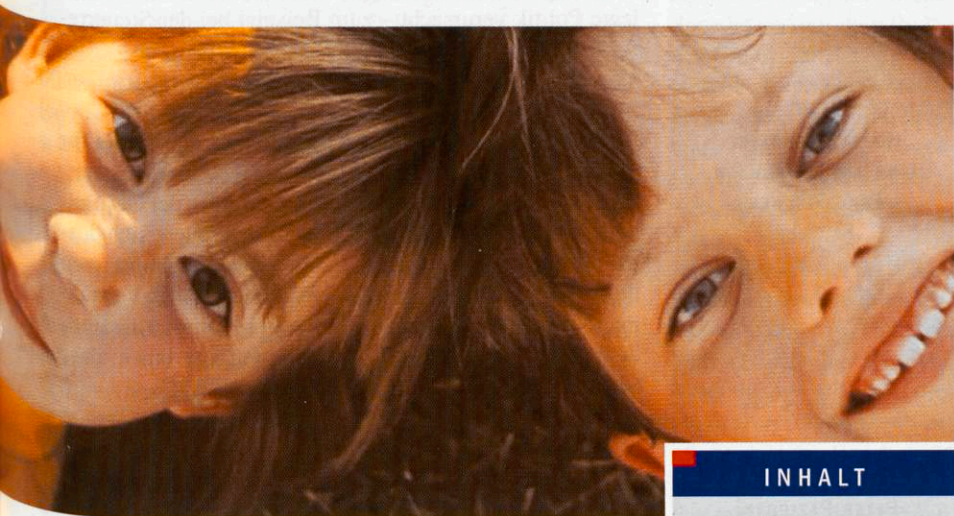


F a k t e n u n d A r g u m e n t e



INITIATIVE „10 PLUS 1“:

Bildungsvorsprung für Deutschland

Nie war für junge Menschen bei uns so viel möglich wie heute: offene Grenzen, weltweiter Austausch über Internet, neue Berufe, neue Märkte für Existenzgründer.

Das ist vor allem eine Frage der Bildung. Und damit der Politik. Unsere Schüler sind nicht weniger begabt als an-

derswo. Aber internationale Leistungsvergleiche zeigen: Wir sind bei Mathematik und Naturwissenschaften zurückgefallen. Und nicht nur das: Wer in Stuttgart zur Schule geht, hat bessere Chancen als der Gleichbegabte in Mainz. Dabei kann es nicht bleiben. Deshalb starten wir die Initiative „10 plus 1“. (Seite 3/4)

INHALT

WIRTSCHAFT

Peter Rauen: Von der Wachstumslokomotive zum Fußkranken. Aus der Bundestagsrede vom 27. Oktober
SEITE 6/7

MODERNISIERUNG

Thomas Schäuble: Elektronische Bürgerdienste sollen der Verwaltung Beine machen. Initiative des Bundesausschusses Innenpolitik
SEITE 15

THEMEN DER WOCH

**DIETRICH AUSTERMANN:
SCHRÖDER VERABSCHIEDET
SICH VOM SPARKURS**

Seite 8

Zur Einführung der „nachgelagerten Besteuerung“ kommt es nicht. Eine der empfindlichsten Schläppen des Bundesfinanzministers, die sich in letzter Zeit häufen. Schröder und SPD-Fraktion wollen auch die UMTS-Zinsersparnisse anders verwenden, als Eichel es vorhatte. Sinn und Zweck der Eingriffe, mit denen in das Finanzministerium hineinregiert wird: die Reparaturen bezahlen, die unüberlegte Politik verursacht – zum Beispiel bei der Steuerreform und bei der Ökosteuer.

**HORST SEEHOFER:
HANDELN SIE ENDLICH,
FRAU FISCHER**

Seite 11

Willkürliche und bürokratische Ausgabenbegrenzung für medizinische Leistungen – das ist die eigentliche Fehlentscheidung der rot-grünen Bundesregierung in der Gesundheitspolitik. Über die Proteste der Ärzte braucht sich deshalb keiner zu wundern. Nach zahlreichen Versäumnissen die Notbremse. Unter vorausschauender Politik versteht man etwas anderes. Horst Seehofers Forderung an die Bundesgesundheitsministerin: Wir erwarten von Ihnen, dass Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden.

**KLAUS LIPPOLD UND
PETER PAZIOREK:
BEIM KLIMASCHUTZ DARF
ES NICHT NUR BEI
ANKÜNDIGUNGEN BLEIBEN**

Seite 12

■ Wo bleibt die Verabschiedung der längst überfälligen Energieeinspar-Verordnung? ■ Wo bleibt ein umfassendes Energieeinspar-Programm für den Altbau Bestand? ■ Wo bleibt das Energie-Konzept, das nach dem Atomausstiegsbeschluss realistische Alternativen zur Kernenergie enthält? ■ Wo bleibt die mittel- und langfristige Zielsetzung für den Klimaschutz? Vier Fragen – keine Antwort. Seit Übernahme der Regierung durch die rot-grüne Koalition herrscht beim Umweltschutz Stagnation. Anstelle von klaren Beschlüssen: vage Ankündigungen. Von der Vorreiterrolle, die Deutschland international einmal gespielt hat, ist keine Rede mehr.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer-Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Eggermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proffittich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 75 10183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Wo „Schwarz“ regiert, haben junge Menschen bessere **Bildungschancen**

1. Junge Menschen wollen schneller ans Ziel kommen: Deshalb wollen wir bundesweit das Abitur nach zwölf Jahren Schule sowie mehr Plätze an den Fachhochschulen und neue Studienabschlüsse, die das Examen nach 3 oder 4 Jahren möglich machen.

2. Die Welt ändert sich, die Lerninhalte müssen es auch. Deshalb wollen wir eine Fremdsprache schon ab Klasse 1 der Grundschule, den Internet-Zugang für jede Schule bis 2002, mehr Wirtschaftswissen im Unterricht und – vor allem – eine gute und kontinuierliche Fortbildung der Lehrer.

3. Schnellere Abschlüsse, neue Fächer und immer mehr Stoff, das passt nicht zusammen. Deshalb wollen wir die Lehrpläne von überflüssigem Ballast und zu viel Spezialwissen befreien. Es ist wichtiger, das Lernen zu lernen, als schnell veraltende Informationen anzuhäufen.

4. Eltern und Schüler müssen sich auf den Unterricht verlassen können. Es kann nicht dabei bleiben, dass bundesweit jede Woche 1 Million Schulstunden ausfallen. Deshalb

wollen wir mehr Lehrer einstellen und mehr Plätze in den Ganztagschulen schaffen.

5. Bildungschancen dürfen nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen. Keine Begabung darf brachliegen. Jedem das Beste ist gerecht. Jedem das Gleiche ist Ideologie. Deshalb wollen wir Hochbegabte genau so fördern wie Schüler mit Lernschwierigkeiten.

6. Beurteilungen sind wichtig für das Lernen. Das gilt für Schüler genauso wie für Schulen, Hochschulen, Weiterbildungsangebote und Bildungspolitik. Deshalb wollen wir Leistungsvergleiche mit anderen Nationen und zwischen den Bundesländern, die bundesweite Einführung zentraler Prüfungen, Leistungselemente bei der Bezahlung von Lehrern und Professoren, den Wettbewerb zwischen den Hochschulen um staatliche Mittel und eine Stiftung Bildungstest, die Auskunft über die Qualität von Weiterbildungsangeboten gibt.

7. Die Vermittlung von Werten gehört zum Auftrag der Schule. Deshalb sind wir für den Religionsunterricht als

ordentliches Fach. Das gilt auch für den islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache und auf dem Boden des Grundgesetzes. Wir sind auch für „Kopfnoten“, die Tugenden wie Fleiß, Disziplin und Verantwortung bewerten. Und wir wollen, das Erziehung zur Selbstständigkeit, zu Gemeinsinn, zu Zivilcourage und Toleranz selbstständige Bestandteile des Unterrichts in allen Fächern sind. Dies ist auch eine wirksame Vorbeugung gegen Extremismus und Gewalt.

8. Praktische Begabungen sind genauso wichtig wie theoretische Begabungen. Schon heute ist klar, dass Auszubildende in einigen Jahren wieder Mangelware sein werden. Deshalb setzen wir uns jetzt für eine Modernisierung der Berufsschulen, für einen Ausbau des Meister-BAföG und für mehr Investitionen der Betriebe in die Aus- und Fortbildung ein.

9. Die Welt ändert sich schneller, als jede Bürokratie reagieren kann. Deshalb wollen wir die Abschaffung der ZVS in der bestehenden Form, mehr Entscheidungsrechte der Schulen und Kom-

Aus Verantwortung für die Zukunft der jungen Generation

Bildungspolitik ist Zukunftspolitik. Sie steht unter dem Anspruch, die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern.

Von einer gelungenen Bildung hängt ab, ob die heranwachsende Generation den Herausforderungen und Anstrengungen gewachsen sein wird, mit denen die zunehmend globale Welt von morgen sie konfrontieren wird.

Bildung ist eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. In unserem rohstoffarmen Land ist Bildung die wichtigste Ressource. Im internationalen Wettbewerb um technologische Spitzenleistungen kann sich nur behaupten, wer

über erstklassig ausgebildete Arbeitskräfte verfügt.

Das deutsche Bildungswesen galt einmal weltweit als vorbildlich. Offene Lehrstellen und Fachkräftemangel einerseits, steigende Abiturientenzahlen, überfüllte Hochschulen und Akademikerarbeitslosigkeit andererseits zeigen deutlich, dass unser Bildungs- und Beschäftigungssystem zunehmend auseinander klafft.

Leistungsniveau allenfalls Mittelmaß

Die Zahl der so genannten „höherwertigen“ Bildungsabschlüsse ist in den zurückliegenden Jahrzehnten

zwar ständig gestiegen, internationale Vergleichsuntersuchungen zeigen hingegen, dass das Leistungsniveau deutscher Absolventen allenfalls Mittelmaß hat.

Wir brauchen eine Bildungsreform, die sich an internationalen Spitzenpositionen orientiert. Deutsche Schüler sind nicht weniger leistungsfähig als ihre Alterskollegen in anderen Industrieländern.

Aus Verantwortung für die Zukunft der jungen Generation haben wir die Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass junge Menschen in Deutschland ihre Leistungsfähigkeit auch tatsächlich unter Beweis stellen können.

munen, beispielsweise bei Lehrereinstellungen, und mehr Freiraum für Betriebe und Auszubildende bei den Inhalten der Ausbildung.

10. Bildung ist nicht nur eine Sache für junge Leute. Es ist unsinnig, die Rente ab 60 zu fordern, und es ist unmenschlich, schon 50jährige aus dem Arbeitsleben zu drängen. Ihre Erfahrungen werden ge-

braucht, und sie brauchen die Chance, Neues zu lernen. Deshalb fordern wir die Tarifpartner auf, sich stärker um Weiterbildung zu kümmern.

Plus 1: „Wenn ein Schüler von Baden-Württemberg nach Niedersachsen zieht, dann muss er sich erst einmal zwei Jahre hängen lassen, um das hiesige Niveau zu errei-

chen zu erreichen“ (Gerhard Glogowski – bis Dezember 1999 SPD-Ministerpräsident von Niedersachsen). Im Klartext heißt das: Wo „Schwarz“ regiert, haben junge Menschen bessere Bildungschancen. Politik kann keine gute Bildung machen. Aber sie kann sie möglich machen. Eine starke CDU macht sie möglich.

An der erwarteten **Konjunkturschwäche** ist nicht nur der Ölpreis schuld

Zum Gutachten der „Wirtschaftsweisen“ erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Ein zu stark regulierter Arbeitsmarkt und zu hohe Sozialversicherungsbeiträge – das sind die hausgemachten Gründe für die zu erwartende Konjunkturschwäche im kommenden Jahr. Die Regierung darf die Schuld nicht bei den Ölscheichs suchen, sondern muss ihre Hausaufgaben machen. Das heißt:

- Verzicht auf die neuen Regulierungen am Arbeitsmarkt, wie sie bei befristeter Beschäftigung und Teilzeitarbeit geplant sind.

- Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um je 0,5% in den Jahren 2001 und 2002, um die Binnennachfrage zu stärken.

IN DER MITTELSTANDSPOLITIK VERSAGT

Zum Herbstgutachten erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Die derzeit gute Konjunktur erweist sich lediglich als ein Strohfeuer. Sie wird maßgeblich von den außenpolitischen Leistungen der Wirtschaft getragen und durch den günstigen Euro-Dollar-Kurs positiv beeinflusst.

Notwendige Reformen für die kleinen und mittleren Betriebe, die maßgeblich die Binnenwirtschaft tragen, bleiben aus. Mehr noch: es kommen neue Belastungen und Hürden hinzu. Folgerichtig rechnen die Forschungsinstitute mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts auf 2,7 % im nächsten Jahr.

DER AUFHOL-PROZESS STOCKT

Zur Lage in den neuen Ländern erklärte der Sprecher der Abgeordneten der neuen Bundesländer, Günter Nooke:

Mit dem Gutachten wird meine Einschätzung bestätigt, dass die wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern trotz vieler Fortschritte in einzelnen Bereichen unbefriedigend ist und die staatliche In-



G. Uldall



H. Doss



G. Nooke

vestitionsförderung (modifiziert) fortgesetzt werden muss. Indikatoren für den wirtschaftlichen Aufschwung in Ostdeutschland belegen, dass der Aufholprozess das vierte Jahr in Folge stockt und die Produktion je Einwohner bei 61% des Standes von Ostdeutschlands verharret. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wuchs das Bruttoinlandsprodukt nur noch mit durchschnittlich 1,4% pro Jahr und damit langsamer als in Westdeutschland.

Ein dauerhaftes Zurückbleiben der ostdeutschen Wirtschaft würde soziale Folgekosten auslösen, die letztlich der Westen tragen müsste. Ich fordere die Bundesregierung auf, dass mindestens 50% der Zinsersparnisse aus den UMTS-Erlösen für den weiteren Ausbau und die weitere Sanierung der öffentlichen Infrastruktur in den neuen Bundesländern verwendet wird.



Von der Wachstumslokomotive zum **Fußkranken** in Europa

Aus der Rede von Peter Rauen, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, anlässlich der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung des Bundesfinanzministers zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland und Europa am 27. Oktober:

Herr Eichel, Sie haben von Erfolgen der Bundesregierung gesprochen. Von manchem dieser Erfolge bleibt bei genauerem Hinsehen allerdings wenig übrig. Deutschland hinkt im Wachstum hinterher. Die USA wachsen dieses Jahr mit 5,3 % und im nächsten Jahr immerhin noch mit 3,2 %. Auch zahlreiche europäische Staaten wachsen schneller: Im Euroraum insgesamt wuchs das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2000 um 3,5 %.

Deutschland war über Jahrzehnte die europäische Konjunkturlokomotive – unter Ihrer Regierungsverantwortung sind wir mit 3 % Wachstumserwartung und weniger zum Fußkranken Europas geworden.

Die deutsche Volkswirtschaft wird durch die gestiegenen Rohölpreise nach Be-



rechnungen der Forschungsinstitute im Jahr 2000 um 33 Mrd. DM zusätzlich gegenüber 1999 belastet.

Weitere Zinserhöhungen drohen

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ist nach einer Reihe von Zinserhöhungen derzeit nur noch auf einem neutralen Kurs. Weitere Zinserhöhungen drohen, wenn das Geldmengenwachstum sich nicht abflacht und der Euro noch weiter fällt.

Und es besteht ein Risiko bei den anstehenden Lohnforderungen der Gewerkschaften. Besonders dramatisch ist die Lage der Bauwirtschaft in den neuen Bundesländern.

Zu den Zahlen am Arbeitsmarkt: Nach neuer Statistik war die Zahl der Erwerbstätigen in der ersten Jahreshälfte 2000 um 630.000 höher als im Vorjahr.

530.000 davon sind reine statistische Umbuchungen aufgrund der im April 1999 eingeführten Sozialversicherungspflicht für ausschließlich geringfügig Beschäftigte, die jetzt mitgezählt werden, was vorher nicht der Fall war. Mehr gearbeitet wird deshalb nicht!

Der tatsächliche Zuwachs an Arbeitsplätzen betrug aber in den gesamten sechs Monaten gerade einmal 100.000 Erwerbstätige. Dies ist angesichts des starken wirtschaftlichen Wachstums in dieser Periode zu wenig. Die Zeitschrift „Wirtschaftswache“ hat das kritisch kommentiert:

„Der Rentner, der sich etwas hinzuverdient, die Hausfrau, die ihr Haushaltsgeld durch Putzen aufbessert, die Studentin, die in der Kneipe jobbt, sie alle gelten auf einmal genauso als Erwerbstätige wie der Malocher im Stahlwerk, der Uniprofessor oder Angestellte.“

Das ganze ist ein plumper statistischer Trick. Mit mehr Beschäftigung hat das nichts zu tun. Herr Bundesfinanzminister, Sie weisen immer wieder stolz auf Ihre Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung hin. Der Rückgang der Nettokreditaufnahme in den letzten Jahren ist allerdings nur zum geringeren Teil auf Ihre Sparsamkeit zurückzuführen.

Während Theo Waigel die Ausgaben des Bundes in den Jahren 1993 bis 1998 per saldo konstant gehalten hatte, hat Ihr unmittelbarer Vorgänger Lafontaine vor allem die konsumtiven Ausgaben erst einmal kräftig gesteigert.

Was Sie unmittelbar nach Ihrem Amtsantritt als großes Sparprogramm verkauft haben, war im wesentlichen die Kompensierung der von Lafontaine verteilten Wohltaten. Der Hauptgrund, weshalb Sie heute mit einer geringeren Nettokreditaufnahme auskommen, liegt in dem starken Anstieg der Steuereinnahmen.

Schließlich ist ein Teil der in diesem Jahr bereits erzielten und für das kommende Jahr zu erwartenden Steuermehreinnahmen auf den Anstieg der Geldentwertungsrates zurückzuführen.

Während Sie noch in der Steuerschätzung vom Mai 2000 mit einer Teuerungs-

rate von 0,7 % gerechnet haben, liegen wir aktuell bei 2,5 % und rechnen für das gesamte Jahr 2000 mit 1,8 %. Allein das spült zusätzliche Steuereinnahmen von 8 bis 10 Mrd. DM in die öffentlichen Kassen.



Ihr Ruf, Herr Eichel, hat gelitten

Wenn Ihr Ruf als Sparminister inzwischen gelitten hat, so liegt das gerade daran, dass Sie zuviel Geld in der Kasse haben.

Zur Einführung einer Entfernungspauschale und zur Zahlung eines einmaligen Heizkostenzuschusses:

In der Auseinandersetzung um die Steuerreform haben Sie immer wieder beteuert, es sei kein Spielraum für zusätzliche Steuersenkungen mehr vorhanden. Jetzt können Sie von einem Tag auf den anderen 3 Mrd. DM für ein Ablenkungsmanöver von der Ökosteuer locker machen. Am Ende wird die Rechnung wohl sogar noch höher ausfallen und von Ihnen allein beglichen werden müssen. In beiden Fällen mussten Sie auch die Erfahrung machen, dass Sie bei Ihrem Regierungschef nur so lange auf Unterstützung für Ihre Konsolidierungsbemühungen hoffen dürfen, wie er dies im

Interesse seines persönlichen Machterhalts für zweckmäßig hält.

Zum Steuersenkungsgesetz: Seine entscheidenden Schwachpunkte bestehen darin, dass die Senkung der Einkommensteuersätze und die Abflachung des Steuertarifs nicht kräftig genug ausfällt, zu spät kommt und nicht nachhaltig genug ist:

■ Auch nach der für das Jahr 2005 in Aussicht gestellten Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 % bleibt die Grenzbelastung der Personenunternehmen deutlich höher als die der Kapitalgesellschaften.

■ Die Senkung der Einkommensteuersätze erreicht die Menschen zu spät. Der größte Schritt der Tarifsenkung ist auf den 1.1.2005 hinausgeschoben worden.

■ Die Steuerreform wird die Menschen nicht auf Dauer entlasten. Wegen des niedrigen Eintrittspunktes für den Spitzensteuersatzes werden immer mehr Durchschnittsverdiener mit Teilen ihres Einkommens in die obere Proportionalzone hineinwachsen.

Das, was Sie den Menschen als die größte Steuersenkung aller Zeiten verkaufen, ist bestenfalls der vorübergehende Verzicht auf zusätzliche Steuererhöhungen als Folge der kalten Progression. **UD**

DIETRICH AUSTERMANN:

Schröder verabschiedet sich vom Sparkurs

Zu den sich häufenden Niederlagen des Finanzministers im Bundeskabinett erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion:

Hans Eichel hat in letzter Zeit einige empfindliche Niederlagen einstecken müssen. Die wichtigste Schlappe ist der Verzicht der Bundesregierung auf die von Eichel vorgeschlagene Einführung der „nachgelagerten Besteuerung“ im Zusammenhang mit Riesters sogenannter Rentenreform. Aber auch bei der Verwendung der UMTS-Zinsersparnisse zwangen Kanzler und Fraktion den Finanzminister auf einen Weg, den Eichel nicht beschreiten wollte. – Hat der Mohr seine Schuldigkeit getan? – Beginnt jetzt die Demontage des Finanzministers?

In Fortführung seiner bisherigen Rechtsprechung wird das Bundesverfassungsgericht in absehbarer Zeit die Bundesregierung dazu verurteilen, die Besteuerung der Alterseinkünfte zu harmonisieren. Da dies praktisch nur durch Einführung der „nachgelagerten Besteuerung“ möglich ist, wird Hans Eichel

dann für viele erneut als Verlierer dastehen.

Hans Eichel wollte den hochtrabend als „Zukunftsinvestitionsprogramm“ bezeichneten Beschluss der Bundesregierung über die Verwendung der UMTS-Zinsersparnisse statt auf drei Jahre auf nur ein Jahr begrenzen. Dabei ist selbst die Begrenzung der zusätzlichen Mittel auf drei Jahre grober Unfug; denn die jetzt vorgenommene Aufstockung der Investitionen reicht längst nicht aus, um die Investitionsquote des letzten Waigel-Haushalts 1998 von 12,5 % zu erreichen – dazu müsste jährlich noch einmal fast das Doppelte draufgelegt werden.

Er macht, was er will

Mit der einen Niederlage hat Schröder seinem Finanzminister das Geld besorgt, das er ihm mit der anderen Schlappe wieder aus den Taschen gefischt hat. Die Konsum- und ausgabefreudigen „SoPos“ werden jubeln. Schröder macht mit seinem ehemals hochgelobten Sparkommissar, was er will!

Weitere ausgabenwirksame Maßnahmen, welche die Bundesfinanzen erheblich beeinflussen, wurden dem Finanzminister in den Block diktiert:

Zur Stützung von Niedersachsens Ministerpräsident Gabriel übernimmt der Bundeskanzler zusätzlich ein Drittel des EXPO-Defizits. Allein der Einkauf der Länderzustimmung zur Steuerreform kostet rund 4 Mrd. DM. Hinzu kamen nach einer überraschenden Erklärung Schröders im Bundestag Ausgleichsmaßnahmen für Pendler und Heizkostenzuschüsse für Geringverdiener. Eichel muss jetzt die Mittel für Reparaturmaßnahmen zugunsten der Ökosteuer suchen.

Dabei erreichen die Ausnahmetatbestände und Ausgleichsmaßnahmen zur Ökosteuer (Landwirtschaft, erneuerbare Energien, energieintensive Industrie, Pendler, Heizkosten) fast die Hälfte der bisher erwarteten Einnahmen. Die der Ökosteuer zugeschriebene ökologische Steuerungswirkung („weg von fossilen Energieträgern“) ist spätestens jetzt nur noch ein Märchen. 

ERWIN MARSCHEWSKI:

Weitere **ungeregelte** Zuwanderung verhindern

Zur aktuellen Diskussion über die Zuwanderung nach Deutschland und zur geplanten Umsetzung der Richtlinie zur Familienzusammenführung erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Zuwanderung muss gesteuert werden. Und zwar schnell. Hierzu gehört nicht nur ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz. Hierzu gehört auch, weitere aktuelle Zuwanderung zu verhindern.

So darf der Familiennachzug nicht zu einem Tor für unkontrollierte Zuwanderung werden. Was die europäische Richtlinie zur Familienzusammenführung jedoch tut.

■ So soll Ausländern aus Drittstaaten, die einen Aufenthaltstitel besitzen, der noch für ein Jahr gültig ist, die Familienzusammenführung ermöglicht werden.

■ So ist der Kreis der Begünstigten zu weit gefasst. Nicht nur Ehepartner, sondern auch die Partner unverheirateter Paare werden begünstigt. Gleiches gilt für homosexuelle Lebenspart-



ner. Damit werden unzählige Missbrauchsmöglichkeiten eröffnet.

■ Selbst volljährige Kinder sollen auch dann einen Anspruch auf Familienzusammenführung erhalten, wenn sie nicht selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können.

■ Auch Angehörige von Bürgerkriegsflüchtlingen sollen zuwandern können. Wer dies tut, verbaut jedoch für die Zukunft die Möglichkeit, in Krisensituationen schnell und flexibel zu helfen.

■ Der Richtlinienentwurf fasst aber nicht nur den Kreis der Begünstigten zu weit. Auch die Voraussetzungen für den Familiennachzug sind großzügig gefasst. So sind Wohnraum, Krankenversicherungsschutz und

ausreichende Einkünfte keine zwingenden Voraussetzungen. Das heißt, die Sozialkassen werden erheblich belastet.

Ich fordere deshalb Bundesinnenminister Schily auf, den europäischen Entwurf zur Richtlinie zur Familienzusammenführung abzulehnen.

Jedes andere Verhalten würde schließlich die Arbeit der Zuwanderungskommission konterkarieren. Denn es beeinträchtigt die Möglichkeiten für eine Zuwanderungssteuerung. Bei Inkrafttreten dieser Richtlinie ist eine nicht mehr kontrollierte Zuwanderung von bis zu 500.000 Menschen pro Jahr allein nach Deutschland zu erwarten.

INTEGRATIONSKURSE für Ausländer unmittelbar nach ihrer Einreise will die baden-württembergische Landesregierung einführen. Im Mittelpunkt der 720 Pflichtstunden sollen das Erlernen der deutschen Sprache und Grundzüge unserer Rechtsordnung stehen.

Rentenchaos

■ Schröder will die Rentenreform im Hauruckverfahren. Kurt Beck (Rheinland-Pfalz) und Ute Vogt (Baden-Württemberg) wollen die Reform erst nach den Landtagswahlen. Große Teile der SPD-Fraktion wollen einen ganz neuen Entwurf. Was Riester will, ist unklar. Horst Seehofer, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU: „Unsere Position dagegen ist seit langem klar. Wir wollen Generationengerechtigkeit sowie eine private und betriebliche Altersvorsorge, die sich Geringverdiener und Familien mit Kindern leisten können.“

Skandalös

■ Nach Plänen der rot-grünen Regierung sollen Bezieher von Renten unter dem Sozialhilfeniveau in Zukunft Sozialhilfe beziehen. Dieser Anspruch soll selbst dann bestehen, wenn die Kinder so wohlhabend sind, daß sie ihre Eltern im Alter unterstützen können. Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU, Peter Götz, wehrt sich gegen diese Kostenverschiebung: „Es ist skandalös, die Kommunen auf diese Weise mit zusätzlichen 1,5 Mrd. pro Jahr zu belasten.“

Buhlen um die PDS

■ Bundesarbeitsminister Walter Riester hat die Ab-

sicht, mit der PDS in Gespräche über die Rentenreform einzutreten. Dies vor dem Hintergrund, dass die Positionen der PDS zur Rente meilenweit von den Vorstellungen aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien entfernt sind. Dazu Karl-Josef Laumann, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Gespräche mit der PDS machen nur dann einen Sinn, wenn die SPD an einer intensiveren Zusammenarbeit mit der PDS interessiert ist. Dies scheint das eigentliche Ziel der SPD zu sein.“

Umsatzsteuerbetrug

■ ...ist ein Thema, dem sich Bundesfinanzminister Hans Eichel in Zukunft stärker widmen möchte. Die Union hat dies schon in ihrer Kleinen Anfrage vom 24. Juli gefordert. Gerda Hasselfeldt, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU: „Langsam widmet sich auch die Bundesregierung einem wichtigem Thema. Ein konsequenter Gesetzesvollzug könnte erhebliche Spielräume für Steuerentlastungen steuerhehrlicher Bürger schaffen.“

Konfusion

■ Die Bundesregierung hat beschlossen, die EU-Biopatentrichtlinie einerseits um-

zusetzen, andererseits aber Neuverhandlungen auf europäischer Ebene voranzutreiben. Dieser „Sowohl-Als-Auch“-Beschluß sorgt für große Konfusion in der deutschen Biotechnologie. Dazu Katherina Reiche, Sprecherin für Humangenetik der CDU/CSU: „Niemand kann vorhersagen, wie lange Neuverhandlungen dauern und welche Ergebnisse sie bringen werden. Gerade in der Zukunftstechnologie müssen Projekte aber langfristig planbar sein. Planungsunsicherheit wirkt sich vor allem negativ auf klein- und mittelständische Unternehmen aus.“

Berechtigte Proteste

■ Die Gewerkschaft der Polizei will massiv gegen die von der Bundesregierung geplante Nullrunde bei der Beamtenbesoldung protestieren. Sie findet die Unterstützung der CDU/CSU, die in einem Gesetzesentwurf fordert, das Tarifergebnis des öffentlichen Dienstes ohne Abstriche auf Beamte und Pensionäre zu übertragen. Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Die rot-grüne Koalition hat nach nicht einmal zwei Jahren im Amt den Kontakt zur Wirklichkeit verloren. Statt mehr

HORST SEEHOFFER:

Handeln Sie **endlich**, Frau Fischer

Die aktuellen Proteste der Ärzte gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung sind berechtigt. Die Probleme bei der Versorgung der Patienten hat die Bundesministerin für Gesundheit verursacht. Diese Verantwortung kann sie nicht auf die Ärzte und die anderen Leistungserbringer im Gesundheitswesen abschieben.

Der Hauptgrund sind Fehlentscheidungen der Bundesregierung, zu denen insbesondere die willkürliche und bürokratische Ausgabenbegrenzung für medi-

zinische Leistungen gehört. Darüber hinaus hat die Bundesregierung wichtige Weichenstellungen bei der Organisationsreform der Krankenkassen verschlafen.

Bei den Arzneimittelbudgets hat die Ministerin die rechtliche Grundlage für eine Umstellung auf Richtlinien aufgehoben. Das Festhalten an Budgets hat zur Folge, dass nicht nur der medizinische Bedarf, sondern zunehmend ökonomische Zwänge das Handeln der Ärzte bestimmen.

Auch beim Risikostrukturausgleich (RSA) hat Ministerin Fischer den drin-

genden Handlungsbedarf verschlafen. So wurde gleich zu Beginn der Regierungszeit ein von der alten Bundesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten kassiert. Dieses hätte aber schon zu Beginn dieses Jahres vorliegen und eine Entscheidungsgrundlage für eine Reform des RSA ergeben können.

Diese Beispiele zeigen: Die Bundesregierung hat die aktuellen Probleme selbst verursacht. Es wird höchste Zeit, dass Ministerin Fischer erklärt, wie sie die Gesundheitspolitik aus dieser Sackgasse führen will.

sozialer Gerechtigkeit gibt es soziale Schieflagen und Ausgrenzung ganzer Berufsgruppen.“

Wenig Sachverstand

■ Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU erhebt scharfe Kritik an der Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems, wie Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin sie vorzieht. Statt der Opfer würden die Täter geschützt, indem sie zum Beispiel Haftstrafen

durch Ableisten gemeinnütziger Arbeit abwenden könnten. Geis: „Als Diskussionsgrundlage sollte der Abschlußbericht der vom Bundesjustizministerium einberufenen Sachverständigen dienen. Die Ministerin läßt mal wieder Ideologie statt Sachverstand walten.“

Tausende für Reden

■ Satte 300.000 DM kassiert der Redenschreiber des Bundeskanzlers, Reinhard Hesse. Unklar ist, wieviel

Geld die vielen weiteren von der Bundesregierung beschäftigten Schreiber erhalten. Die CDU/CSU fordert von der Bundesregierung deshalb jetzt umfassende Auskünfte über von ihr beauftragte freiberufliche Berater. Steffen Kampeter, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU: „Die Häufigkeit der Fälle läßt den Eindruck politischer Vettern- und Pfründewirtschaft auf Kosten des Steuerzahlers aufkommen.“

UD

Beim **Klimaschutz** darf es nicht nur bei Ankündigungen bleiben

Zu dem im Kabinett vorgestellten Klimaschutzbericht der Bundesregierung erklärten der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold, und der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Paziorek:

Der von Bundesumweltminister Trittin viel zu spät vorgelegte und dennoch mit heißer Nadel gestrickte IMA-Bericht zur CO₂-Reduktion verschleierte, dass die rot-grüne Bundesregierung den Klimaschutz bisher verschlafen hat.

Stagnation

Tatsache ist: Die bereits im Rahmen der Kyoto-Konferenz eingegangene Verpflichtung Deutschlands, die CO₂-Immissionen bis 2005 um 25 Prozent zu reduzieren, wurde unter der früheren Bundesregierung bereits zu über 60 Prozent realisiert. Seit Übernahme der Regierung durch die rot-grüne Koalition herrscht Stagnation. Dadurch hat

Deutschland seine einstige Vorreiterrolle längst verloren, wie die letzten Klimaschutzkonferenzen gezeigt haben.

Es ist eine Dreistigkeit, dass Trittin jetzt die längst getroffenen Vereinbarungen von Kyoto als neues und wichtigstes Ziel des Klimaschutzprogramms darstellt.

Statt konkret etwas für den Klimaschutz zu tun, ist diese Bundesregierung bei Ankündigungen geblieben. Auch das jetzt verabschiedete Programm geht kaum darüber hinaus:

■ **Wo bleibt** die Verabschiedung der längst überfälligen Energie-Einsparverordnung? Ohne sie ist die notwendige klare Festlegung der Energie-Einsparvorgaben für den Neubaubereich nicht möglich.

■ **Wo bleibt** ein umfassendes Energieeinsparprogramm für den Altbaubestand? Die nunmehr beschlossenen Maßnahmen sind immer noch nicht ausreichend, um im Gebäudebereich die CO₂-Reduktionspotentiale auszuschöpfen.

■ **Wo bleibt** eine mittel- bis langfristige Zielsetzung für

den Klimaschutz, mindestens bis zum Jahr 2020? Der Zeithorizont 2005 ist viel zu kurz gegriffen.

■ **Wo bleibt** ein wirklich schlüssiges Energiekonzept, das nach dem Atomausstiegsbeschluss realistische Alternativen zur Kernenergie enthält?

Einziger Lichtblick

Die CDU/CSU-Fraktion nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass das von der vormaligen Bundesregierung mit der Industrie ins Leben gerufene Instrument der Selbstverpflichtungserklärung endlich die Anerkennung rot-grüner Umweltpolitiker findet. Lange ist von Rot-Grün die Selbstverpflichtung der Industrie bekämpft worden. Derzeit ist sie zum einzigen Lichtblick geworden, den die rot-grüne Koalition in der Klimaschutzpolitik vorzuweisen hat.

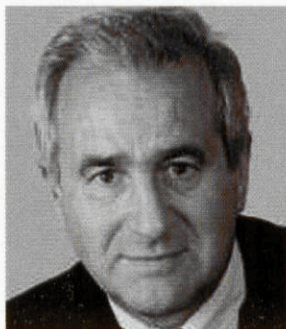
Mit der Verstärkung der Selbstverpflichtung beweist die deutsche Industrie einmal mehr, dass sie den Klimaschutz ernst nimmt. **UD**

Citoyen – möglich nur ohne Denkverbote und **Tabus**

In der Diskussion über das Phänomen rechtsradikaler Gewalt und neonazistischen Gedankenguts dominieren Betroffenheit und Ratlosigkeit. Dazu gesellt sich mitunter hektischer Aktionismus.

Eine Ursache für diesen blinden Aktionismus, der sich unter anderem in schier endlosen Diskussionen um ein mögliches NPD-Verbot artikuliert, liegt in Denkverböten ehemaliger Aktivisten der „68er“ und deren Schüler. Der jugendliche Aktivismus von einst ist einer gesetzten Oberlehrerhaftigkeit gewichen, aber der moralische Impetus von damals ist dagegen geblieben.

Die Folge: eine spürbare Schablonisierung der öffentlichen Diskussion. Hans Magnus Enzensberger hat in seiner Dankesrede in Düsseldorf anlässlich der Verleihung des Heinrich-Heine-Preises 1998 von „gutmütigen Deutschen“ gesprochen, die in stoischer Geduld die ständigen Erbauungsreden „wohlmeinender Mahner“ ertrügen, zugleich aber davor gewarnt die Gutmütigkeit weiter Bevölkerungskreise zu überschätzen.



Diese könnten einmal „die Nerven verlieren“.

Die Exzesse dumpfer Gewalt haben viele Ursachen. Doch wenn Studien behaupten, ein Drittel der Deutschen sympathisiere mit rechtsextremem Gedankengut, wenn grüne Spitzenpolitiker und linke Sozialdemokraten verkünden, Unionspolitiker, die gegen eine umfassende Liberalisierung des Staatsbürgerschaftsrechts argumentieren, seien „Wegbereiter des Rechtsradikalismus“, wenn es verpönt ist, Fragen nach dem hohen Anteil des Ausländerkriminalität im Bereich des organisierten Verbrechens zu stellen, dann verschwimmen sämtliche Maßstäbe, dann haben wir tatsächlich bald mindestens ein Drittel „Rechtsextremisten“

in der Bevölkerung. Wenn man die „einfachen“ Bürger von oben herab auch noch als latent rechtsextrem bezeichnet, werden die Grenzen zum tatsächlichen Rechtsradikalismus fließend, steigt die Bereitschaft, rechtsradikales Gedankengut zumindest zu tolerieren.

Denkverbote und Tabuisierungen gibt es allerorten. So z. B. das neue, höchstinstanzlich verkündete Denkverbot: „Asylrecht und Einwanderungsproblematik“, so unser Bundespräsident, dürfe „man nicht miteinander verknüpfen.“

Gefragt ist das Idealbild der Aufklärung: der mündige Citoyen und nicht der manipulierbare Bourgeois. Doch diesen „Verfassungspatrioten“ gibt es nicht zum Nulltarif. Dieser Citoyen, der Patriotismus und Weltoffenheit miteinander verbindet, ist nur möglich ohne Denkverbote und Tabus. Und er ist nur denkbar im Bewusstsein der Werte des christlich-abendländischen Sittengesetzes, die als moralische und ethische Leitplanken Geist und Wesen unserer Verfassung ausmachen. **UD**

Doping-Opfern der ehemaligen DDR muss geholfen werden

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion erklärte zur Anhörung der Doping-Opfer-Hilfe im Sportausschuss des Deutschen Bundestages:

Die Bundesregierung lehnt jeden rechtlichen Anspruch der Opfer des systematischen Dopings in der ehemaligen DDR ab. Mit dieser juristisch sicherlich nicht anfechtbaren Aussage will sich die Bundesregierung für die größtenteils ohne eigenes Wissen, z.T. gegen ihren Willen gedopten Spitzensportler der ehemaligen DDR aus der Affäre ziehen. Auf private Initiativen wie der Doping-Opfer-Hilfe sollen sie angewiesen bleiben.



dopt worden, rd. 1000 dürfen Schädigungen davongetragen haben. Zur Zeit werden 158 Opfer von der Doping-Opfer-Hilfe betreut. Dafür stehen 40.000,- DM Spendengelder und Gelder aus Bußgeldverfahren zur Verfügung.

Angesichts dieses vorbildlichen Engagements sollte sich die Bundesregierung moralisch verpflichtet sehen, den Opfern zu helfen. Mit einem Hilfsfonds von 1 Mio. DM könnte die Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangehen und auch Vorbild für weitere Spender sein. Mit einer Entschädigung allein sind erlittenes Unrecht, vor allem gesundheitliche Dauerschädigungen, nicht wieder gut zu machen. Aber es wäre ein deutliches Zeichen,

dass wir bei diesem dunklen Kapitel deutscher Sportgeschichte die Opfer nicht allein lassen.

Die Bundesregierung sollte darüber hinaus die medizinisch wissenschaftliche Aufarbeitung über das Bundesinstitut für Sportwissenschaft voranbringen. Auch dies sind wir den Opfern schuldig. Wir sollten als Gesellschaft mehr tun als hinschauen und reden.

GLÜCKWÜNSCHE

Vor allem „Kampf- und Teamgeist“ hat Steffie Schnoor in ihren persönlichen Briefen hervorgehoben, mit denen sie „im Namen des Bundessportausschusses Sport der CDU“ den deutschen Siegern sowohl bei den Olympischen Spielen wie auch bei den Paralympics in Australien gratulierte: Die Medaillen sind das Ergebnis intensiver Vorbereitung und großer Entbehrungen. Sie zeigen die Erfolge unseres Spitzensports in einer Breite, die durch Sportgeist und nicht mit Sponsorenverträgen zu erklären ist.

Ehrenamtliche Hilfe

Hier leisten Bürgerinnen und Bürger überwiegend ehrenamtlich, ohne jegliche staatliche Unterstützung vorbildlich Hilfe für physisch und psychisch geschädigte Spitzensportler. Schätzungsweise 10 000 bis 13 000 Spitzensportler seien in der ehemaligen DDR bis 1989 ge-

THOMAS SCHÄUBLE:

Elektronische Bürgerdienste sollen der Verwaltung **Beine machen**

Im Anschluss an die Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU erklärte der Vorsitzende, Thomas Schäuble:

Der Fachausschuss fordert Bund, Länder und Gemeinden auf, mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien ihren Behördenapparat grundlegend zu erneuern. Die Politik muss der konsequenten und optimalen Nutzung aller Möglichkeiten, die sich aus diesen Technologien für Bürger, Unternehmen und Behörden ergeben, höchste Priorität einräumen.

Eine moderne, dienstleistungsorientierte öffentliche Verwaltung gehört zu den Rahmenbedingungen für die Sicherung von Fortschritt und wirtschaftlichem Erfolg in Deutschland. Bürger und Unternehmen als Kunden der öffentlichen Verwaltung erwarten, dass sie künftig eine Vielzahl behördlicher Dienstleistungen auf elektronischem Weg in Anspruch nehmen können. Dort, wo es notwendig ist, muss dies in Verbindung mit der digitalen Signatur geschehen. Behördengänge lassen sich dadurch



vermeiden, Zeit und Geld werden gespart.

Handlungsbedarf besteht auf allen Ebenen. In einer konzertierten Aktion von Bundes-, Landes- und kommunalen Behörden müssen zunächst die organisatorischen Voraussetzungen für eine möglichst große Zahl von elektronischen Anwendungen auf Verwaltungsebene geschaffen werden.

Die CDU fordert deshalb Bund, Länder und Gemeinden auf, Pilotprojekte durchzuführen, um den konkreten Nutzen in der elektronischen Abwicklung von kompletten Behördenverfahren zu erschließen und praktische Erfahrungen zu sammeln.

Gerade die Gemeinden und die Verwaltungsbehörden auf der unteren Ebene

sind gefordert, sich an solchen Pilotvorhaben (Bauantragsverfahren, Meldevorgänge etc.) zu beteiligen und damit zur zügigen Umsetzung dieses für die Bürger und Unternehmen wichtigen Dienstleistungsangebots beizutragen.

Ziel muss es sein, einen gemeinsamen Auftritt der staatlichen und kommunalen Stellen zu erreichen. Beim künftigen, elektronischen Behördenbesuch sollen Bürger und Unternehmen unkompliziert mit wenigen Mausklicks an die richtige Stelle gelangen.

Die CDU fordert, die rechtlichen Grenzen, die einer solchen Modernisierungsinitiative entgegenstehen, schnellstmöglich in Bund und Ländern aufzuheben. Zurzeit verlangt das geltende Recht auf verschiedenen Rechtsgebieten eine schriftliche Antragstellung oder gar das persönliche Erscheinen des Antragstellers. Hier sind Bundes- und Landesgesetzgeber aufgerufen, alle Verfahrens- und Formvorschriften zu durchkämmen, um derartige Hürden in den Rechtsvorschriften zu beseitigen. **UD**

Hildegard Müller bleibt **Vorsitzende**

Hildegard Müller wird die Junge Union Deutschlands für weitere zwei Jahre führen. Die 33jährige Diplom-Kauffrau aus Düsseldorf wurde auf dem Deutschlandtag der Jungen Union, der vom 20. bis 22. Oktober in Koblenz stattfand, mit großer Mehrheit erneut zur Bundesvorsitzenden der CDU-Jugendorganisation gewählt.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand neben der Neuwahl des kompletten Bundesvorstandes der Leitantrag „Deutschland digit@l“, der insbesondere zum Zukunftsbereich „Neue Medien“ Stellung nimmt.



verhindern, daß ein Großteil der Menschen in unserer Informationsgesellschaft auf der Strecke bleibt!“

Vor den 327 Delegierten forderte Müller von den Mutterparteien, nach der positiven Entwicklung bei Jungwählern die Anstrengungen für Neumitglieder zu verstärken: „Mit einem Altersdurchschnitt von 54,3 Jahren hat die CDU ein strukturelles Problem. Die Tatsache, daß nur 16,2 Prozent der CDU-Mitglieder unter 40 Jahren sind und sich über zwei Drittel der Mitglieder der Jungen Union nicht für eine Mitgliedschaft in CDU und CSU entschieden haben, ist eine Aufforderung an die Mutterparteien, jungen Menschen ein erheblich stärkeres Gewicht in der Politik zu geben und sie zum Mitmachen zu gewinnen.“ Sie forderte

CDU und CSU dazu auf, einen großen Jugendkongreß im Frühsommer 2001 zu veranstalten, um das Gespräch mit der jungen Generation über die Zukunftsthemen aufzunehmen. Müller verwies auf die Rolle der Jungen Union, die mit über 139.000 Mitgliedern der größte politische Jugendverband in Europa ist: „Auch heute werden wir der Stachel in der Union sein. Für unsere Ideen werden wir weiter kämpfen – im Sinne unserer Generation und im Sinne einer starken Volkspartei. Wir müssen die begonnenen Debatten in CDU und CSU fortführen. Beantworten wir die Frage, wofür die Union steht. Wer, wenn nicht die Junge Union, kann den Dampfer Union wieder auf Kurs bringen?“

Junge Menschen für die neuen Medien fit machen

Müller warnte in diesem Zusammenhang vor einer digitalen Spaltung der Gesellschaft: „Wir stehen vor einer neuen sozialen Frage. Die Junge Union gibt in dem Programm „Deutschland digit@l“ vielfältige Antworten, um vor allem junge Menschen für die neuen Medien fit zu machen. Wir müssen

Hohes Maß an Sachverstand

Die Debatte über den Leitantrag „Deutschland digit@l“ wurde bereichert durch thematische Foren, die unter anderem mit Referenten wie Dieter Weirich, Intendant der Deutschen Welle, Thomas Mickeleit, IBM Deutschland, und Tho-

mas Heilmann, Vorsitzender der Internet-Kommission der CDU, einen hohen Maß an Sachverstand vereinen.

Mit der Diskussion über „Stabilität für den Balkan“ bewies die Junge Union Deutschlands, daß sie sich weiterhin um die Südosteuropa-Region kümmert, während das öffentliche Interesse in der nun anstehenden schwierigen Phase der Schaffung ziviler Strukturen gering ist. Der deutsche General Klaus Reinhardt – ehemaliger Kommandeur der Kosovo Force (KFOR) – sowie Johannes Neudeck von „Hilfe Konkret“, der seit zwei Jahren die JU-Aktion „S.O.S-Kosovo“ koordiniert, forderten, vor den unbewältigten Aufgaben in Südosteuropa nicht die Augen zu verschließen.

Diskussion mit den Delegierten

Von den Mutterparteien diskutierten die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel, der CSU-Generalsekretär Thomas Goppel und der Vorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz und Spitzenkandidat für die Landtagswahlen 2001, Christoph Böhr, mit den Delegierten.

Hildegard Müller unterstrich in ihrer Rede, daß das

Land insgesamt mehr Streit brauche und die Kraft ihn auszuhalten. Konsens könne man erst nach dem Streit gebrauchen. „Wir sollten uns weder in unserer eigenen Partei, noch in der Öffentlichkeit und schon gar nicht durch Schröder von streitbaren Gegenentwürfen abbringen lassen. Es geht um unser Land, es geht um unsere Zukunft! So sichern die APO-Opas heute ihre eigene Rente. Die Rentenpläne der Bundesregierung stellen eine einseitige Belastung der jungen Generation dar. Das ist das Gegenteil von Generationengerechtigkeit. Keine Regierung hat jemals so dreist die Interessen der jungen Menschen verraten, um ihre Wiederwahl zu sichern. Wieviel will die Bundesregierung den jungen Menschen eigentlich noch zumuten?“

Zum Abschluß des Deutschlandtages rief die Bundesvorsitzende der Jungen Union den Delegierten zu: „Die nächsten zwei Jahre werden enorm wichtig. Ziel muß es sein, zum Wohle unseres Landes in zwei Jahren wieder die Regierung zu stellen. Dafür zu kämpfen, lohnt sich. Wer heute nicht daran arbeitet, die nächste Wahl zu gewinnen, hat die übernächste schon verloren. *Umdenken – Jung Denken* bleibt das richtige Konzept.“

**„Schwarzwild“-Jagd im Bundestag
Moorhühner sind out.
Der echte Bürojäger wechselt jetzt das Revier. Im parlamentarischen Dickicht geht er auf Pirsch, wohnt den geheimsten Riten unserer Volksvertreter bei und verteilt ganz überparteilich Denkkzettel.**

„Schwarzwild“ heißt das neue Online-Spiel der Jungen Union Deutschlands, das für viel Aufsehen bei den Usern und Medien gesorgt hat. Es wurde im Rahmen der neuen Sympathie- und Werbekampagne entwickelt. Durch einen virtuellen Bundestag fegend, hofiert es alle Klischees, die das politische Parkett zu bieten hat. Es verschont nicht die einen und hänselt die anderen, sondern verteilt nahezu parlamentarisch gerecht kleine Gemeinheiten an alle Lager. Erlebte Politik sollte zur Abwechslung auch mal einen Spaßfaktor aufweisen, und dieser kommt in unserem Schwarzwildgehege nicht zu kurz. Wie „Schwarzwild“ funktioniert, zeigen wir im nächsten Uid.

[http://](http://www.schwarzwild.com)

Unter www.schwarzwild.com kann „Schwarzwild“ gespielt und heruntergeladen werden.

Einmal läuft das **Fass** doch über...

Mehr als 100 Zuschriften sind uns seit Anfang Oktober zugegangen, und inzwischen stehen die Gewinner fest:

Den 1. Preis erhält Roberto Götze. Er wird für seine „Absage an Rot-Grün“ mit einem Scooter belohnt. Hanno Werner bekommt als 2. Sieger eine neue Geldbörse und Undine Weidlich einen Caproller, damit sie noch möglichst viele Protestgedichte gegen die rot-grüne Schröpfsteuer verfassen kann.

ist hiermit zu Ende! Selbst geschaffene Inflation, ist nicht unser Arbeit Lohn.

Roberto Götze

nichts auf der Welt ist von langer Dauer, so auch nicht die Ökosteuer.

Hanno Werner

Die Ökosteuer

Schröders Kabinett dachte mal laut, mal leise, jeder auf seine eig'ne Weise, wie das Volk zu schrecken sei. Manch gute Idee und vielerlei Stuß, doch einig war man sich zum Schluß; des Chefs Entscheidung war die beste: Eine Steuer sollt' die Bürger drucken, doch die Gelderaus-zuspucken, auf dass des Eichels lederne Hülle sich mit neuen Scheinen fülle.

Die Ökosteuer ward geboren, sollt' veranlassen die wählenden Toren, sich im Konsum zu mäßigen. Doch der Aufschrei war riesengroß, Schröders Plan ging in die Hos'. Denn was sollten die Wähler tanken? Wie sollten die Wähler heizen? Bei Minustemperaturen mit Heizöl geizen?

Alles ward so furchtbar teuer, Wasserstoff im Tank ward nicht allen geheuer. Von Protesten erfüllt ward die Luft. Doch, liebe Wähler lasst euch sagen, protestiert, lasst euch nicht plagen, denn

Ökosteuer-Blues

Kalte Zeiten brechen an. Wärme sich, wer wärmen kann! Die Heizung wird herabgestellt, das Auto besser abbestellt. Wohlbefinden wird zu teuer, dank der grünen Öko-Steuer. Schröder strahlt, und Eichel rafft. „Haha, wir haben es geschafft!“

Undine Weidlich

Absage an Rot-Grün

Denk ich an Rot-Grün bei Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht. Denn wer soll die Preise zahlen, welche Rot und Grün sich malen. Enger Gürtel, schmale Kost, da wächst stetig Wut und Frust. Noch erträgt der kleine Mann, Schmach und Pein, so gut er kann. Einmal läuft das Fass doch über, und dann sehen wir uns wieder. Auf der Straße nach Berlin, werden wir zu Gerhard zieh'n. Und geeinter Volksverdross, sagt ihm: Gerhard jetzt ist Schluss! Nimm die Koffer und ver-schwinde, dein Schauspiel

INTERNET-FILTER

gegen Rechtsextremismus und Pornografie auf dem Schulcomputer werden nach einer Allensbach-Studie von 50 Prozent der Lehrer bei uns und in Amerika befürwortet. Wie die Bertelsmann Stiftung als Auftraggeber mitteilt, wurden Lehrer an 117 deutschen und 70 amerikanischen Schulen befragt. Ein weiteres Ergebnis: Nur jeder sechste Lehrer in Deutschland nutzt das Internet im Unterricht, in amerikanischen Schulen dagegen jeder zweite.

SOFTWARE

Rechtsschutz

Zur Verabschiedung des Antrags „Sachgerechter Schutz der Rechte für Software“ durch die CDU/CSU-Fraktion erklärte der Berichterstatter Martin Mayer:

Der Schutz der Rechte für Software muss Programmierer und Unternehmen in die Lage versetzen, die Früchte ihrer Arbeit zu ernten. Gleichzeitig darf er nicht zur Stärkung weltbeherrschender Monopole führen.

Software ist im Vergleich zu schriftstellerischen und künstlerischen Werken, zu technischen Erfahrungen etw. was völlig Neues. Sie ist das elementare Hilfsmittel in der Informationsgesellschaft und dringt in immer neue Bereiche vor. Daher braucht sie ein eigenes Schutzrecht.

Die Regierung wird aufgefordert: ■ dem Deutschen Bundestag innerhalb von drei Monaten einen Bericht zu ihrer Haltung in dieser Frage zu geben, ■ sicherzustellen, dass auf der „Diplomatischen Konferenz 2000“ der europäischen Patentämter Ende November keine Ausweitung der Patentierungsmöglichkeit für Software beschlossen, sondern ein weltweites Moratorium angestrebt wird, ■ in Foren, Arbeitsgruppen und Exper-

BEWERBUNGEN BIS 1. DEZEMBER

Die Junge Union Deutschlands

sucht zum 1. Januar 2001 für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin eine/einen

Referent/in für Internationale Arbeit

Aufgaben:

- Inhaltliche Zuarbeit für die Bundesvorsitzende/den Bundesvorstand der Jungen Union
- Geschäftsführung der Internationalen Kommission in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Bundesvorstandsmitgliedern im Bereich internationale Arbeit
- Ausbau der Kontakte zu den internationalen Organisationen, insbesondere auf europäischer Ebene
- Vorbereitung und Durchführung von Seminaren und Konferenzen
- wissenschaftliche Ausarbeitungen/Materialsammlungen

Anforderungen:

- abgeschlossenes Hochschul-/Fachhochschulstudium
- Beherrschung von zwei Fremdsprachen in Wort und Schrift (Englisch obligatorisch)
- Erfahrung in der Verbandsarbeit der Jungen Union bevorzugt
- sicherer Umgang mit PC (Win, Word, Excel, Internet, E-Mail)
- Höchstalter 30 Jahre

Vergütung:

- in Anlehnung an BAT

Schriftliche Bewerbungen einschließlich aller üblichen Unterlagen sind bis zum 1. Dezember 2000 an die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, z. Hd. Bundesgeschäftsführer Michael Hahn, Inselstr. 1 b, 10179 Berlin-Mitte, zu richten.

tengeprächen dafür zu sorgen, dass weltweit der Diskussionsprozess intensiviert wird und zu einem langfristig tragfähigen Ergebnis führt, ■ dafür zu sorgen, dass auch die EU, die gegenwärtig eine Richtlinie zur Software-Pa-

tentierung vorbereitet, in den Diskussionsprozess mit einbezogen wird.

[http://](http://www.cdusu.bundestag.de/texte/maye18i.htm)

Wortlaut des Antrags:

www.cdusu.bundestag.de/texte/maye18i.htm



Nach dem „Kleinen Parteitag“ in Stuttgart am 20. November wird der designierte Generalsekretär, Laurenz Meyer, seine neue Aufgabe übernehmen. Bereits bei seiner Vorstellung in Berlin stellte er klar, dass der politische Gegner künftig mit einer schärferen Gangart rechnen müsse. So urteilt die Presse:

Locker

Man reibt sich die Augen und fragt sich, wie es denn möglich sei, dass die CDU einen Mann wie ihn im nordrhein-westfälischen Landtag versteckt hat. Meyer hat erste Duftnoten gesetzt, und die lassen aufmerken – weniger programmatisch als vielmehr wegen der Art seines Auftretens. So viel Selbstbewusstsein, so viel lockere Souveränität und Freiheit im Umgang mit Tabus und persönlichen Empfindlichkeiten hat man seit Heiner Geißlers besten Tagen in der CDU nicht mehr beobachten können. Das weckt Erwartungen.

Frankfurter Allgemeine



Laurenz Meyer: Positionen müssen scharf gegeneinander gestellt werden, um die Unterschiede zwischen den Parteien deutlich zu machen. Das halte ich für richtig.

Selbstbewusst

Es war ein Vorgeschmack darauf, welche Veränderung der neue Generalsekretär für die Außenwirkung der Partei bedeuten könnte: Selbstbewusst, locker und witzig trat Laurenz Meyer zum ersten Mal in Berlin vor die Presse. Der stellvertretende Präsident des nordrhein-westfälischen Landtags zeigte, dass er weiß, was von ihm erwartet wird: Er könne auch mit dem Säbel statt mit Florett kämpfen, wenn der politische Gegner dies wolle.

Handelsblatt

Angriffslustig

Laurenz Meyer steht für einen angriffslustigen Politikstil, der für Aufmerksamkeit sorgt und sich nicht in Nachdenklichkeit verliert. Darauf setzt CDU-Chefin Angela Merkel. Meyer verkörpert den Typus eines Politikers, der die Zeichen der Zeit verstanden hat. Früher galt die Formel: Nicht Wahrheit, nein, Autorität setzt Fakten. Heute ist das eine Frage der Schnelligkeit: Wer flugs entscheidet und Fakten setzt, verschafft sich einen Legitimationsvorteil.

Frankfurter Rundschau

Sympathisch

Ein Generalsekretär einer Partei sollte: 'Freude haben' am Job, für 'politische Schlagkraft in Wahlkämpfen' sorgen, die 'inhaltliche Weichenstellung für die Themen des 21. Jahrhunderts' besorgen. Das alles verkündete Laurenz Meyer bei seiner Präsentation als Generalsekretär in spe. Und er machte es sympathisch,

kämpferisch sowie mit einem gewissen Selbstbewusstsein. Die konkurrierenden Generalsekretäre von FDP (Westerwelle) und Muntefering (SPD) sollten ab sofort mit einem ernsthaften Gegner der CDU rechnen.

Leipziger Volkszeitung

Die SPD wird sich hüten müssen

Der neue CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer, der neue Mann neben Angela Merkel, hat seinem älteren Spitznamen 'Die Klinge' alle Ehre gemacht. Nicht vom Ton her, nicht von der Art, wohl aber vom Inhalt des Gesagten. Er wird zwar nur so stark sein, wie es der politische Gegner zulässt. Oder die Parteichefin. Aber eines wollte Meyer doch schnell klarmachen: seinen Maßstab. Er will sich, bei aller landsmannschaftlichen Verbundenheit, politisch an Franz Muntefering messen. Die SPD wird sich vor ihm hüten, das steht fest. Muntefering ist angreifbar, und Meyer weiß wo.

Der Tagesspiegel

ZUR PERSON

Laurenz Meyer

- geboren am 15. Februar 1948 in Salzkotten
- 1968: Abitur
- 1975: Examen zum Diplomvolkswirt an der Universität Münster
- seit 1975 bei der VEW AG in Dortmund angestellt
- zuletzt kaufmännischer Leiter in der Bezirksdirektion Arnsberg
- 1975–1995: Mitglied des Rates der Stadt Hamm
- 1989–1995: Fraktionsvorsitzender der CDU Hamm
- 1994: CDU-Oberbürgermeisterkandidat in Hamm. Dabei wurde die CDU erstmals stärkste Partei in einer Großstadt des Ruhrgebietes.
- seit 1990: Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen,
- seit 1990: wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion
- von 1997 bis 1999: stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
- vom 23. Februar 1999 bis 22. Mai 2000: Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von NRW
- seit dem 2. Juni 2000: stellvertretender Präsident des Landtages von Nordrhein-Westfalen,
- seit 1995: Schatzmeister der CDU Nordrhein-Westfalen
- nominiert für den CDU-Bundesvorstand. Mit dem besten Stimmergebnis – 96,4 Prozent – wurde er am 18. März 2000 von den Delegierten des CDU-Landesparteitages in Köln fast einstimmig für dieses Amt vorgeschlagen.
- Seit April 2000 ist er Mitglied des CDU-Bundesvorstandes
- Am 23. Oktober wurde er von der Parteivorsitzenden als künftiger Generalsekretär der CDU vorgeschlagen.

[http://](http://www.laurenz-meyer.de)

Im Internet zu erreichen unter:
www.laurenz-meyer.de

Genau richtig für diese Jahreszeit – der neue CDU-Regenschirm „eleganz“!



BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Bestell-Nr.: **9658**
Preis je Exemplar: 15,- DM

Broschüre „Bildungsvorsprung für Deutschland“

Die Bildungsoffensive der CDU-Deutschland

Bestell-Nr.: 2686

Preis: je 100 Expl. 35,00 DM



Faltblatt „Rente“

Bestell-Nr.: 2688

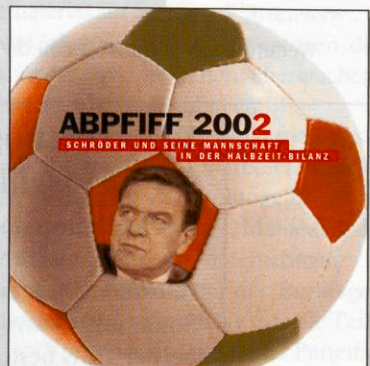
Preis: je 100 Expl. 22,00 DM

Broschüre „Abpfiff 2002“

Die Halbzeitbilanz der Regierung

Bestell-Nr.: 5691

Preis: je 25 Expl. 24,00 DM





Union Betriebs G
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche P
Entgelt bezahlt.

2600-5-42720AKV

169/ 56
G 8457

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

Die 10-plus-1-Initiative für bessere Bildungschancen

Bildungsvorsprung für Deutschland



Weitere Infos unter www.cdu.de

Wandzeitung „Bildungsvorsprung für Deutschland“

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Ihren Infostand. Sie kann ab sofort von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement bei der UBG bestellt werden.